

UNFPA-WELTBEVÖLKERUNGSBERICHT 2021

Mein Körper gehört mir

Das Recht auf Autonomie und Selbstbestimmung einfordern

Herausgegeben von UNFPA, dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen,
deutsche Kurzfassung, Hg.: Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)

Moderation: Ute Welty (Bundespressekonferenz)

Dr. Gerd Müller

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Dr. Natalia Kanem

Exekutivdirektorin UNFPA

Jan Kreuzberg

Geschäftsführer der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung (DSW)

Bitte richten Sie Ihre schriftlichen Anfragen am Tag der Pressekonferenz (14.04.) auch an presse@dsw.org – vielen Dank!

DSW: Anke Witte · Tel.: 0511 94373-32 · Mobil: 0152 08947025 · anke.witte@dsw.org · www.dsw.org
UNFPA: Eddie Wright (New York) · Tel.: +1 917 831 2074 · ewright@unfpa.org · www.unfpa.org

UNFPA-WELTBEVÖLKERUNGSBERICHT 2021

Körperliche Selbstbestimmung gilt nur für knapp die Hälfte der Frauen in Entwicklungsländern

DSW: „In Krisen werden noch mehr Frauen und Mädchen Opfer von Zwangsverheiratung und Genitalverstümmelung!“

Hannover, 14. April 2021: Der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) veröffentlicht am 14. April den diesjährigen Weltbevölkerungsbericht mit dem Titel **Mein Körper gehört mir: Das Recht auf Autonomie und Selbstbestimmung einfordern**. Herausgeberin der deutschen Kurzfassung ist die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW). Im Zentrum des UNFPA-Weltbevölkerungsberichts 2021 steht das Recht auf körperliche Selbstbestimmung und Unversehrtheit von Mädchen und Frauen. Nur 55 Prozent der Frauen in Ländern mit mittlerem und niedrigem Einkommen können selbst entscheiden, ob sie Sex haben, verhüten oder Gesundheitsversorgung in Anspruch nehmen möchten.

Zitat **Dr. Natalia Kanem**, Exekutivdirektorin von UNFPA: „Die Tatsache, dass fast die Hälfte der Frauen immer noch nicht selbst entscheiden kann, ob sie Sex haben, verhüten oder medizinische Versorgung in Anspruch nehmen wollen oder nicht, muss uns alle empören. Hunderte Millionen Frauen und Mädchen besitzen ihre eigenen Körper nicht. Ihr Leben wird von anderen bestimmt.“

Sexualisierte und geschlechtsbasierte Gewalt nimmt durch Coronakrise zu

Der Weltbevölkerungsbericht 2021 wertet aus, inwieweit Frauen und Mädchen die Macht haben, Entscheidungen über ihren Körper zu treffen. Er untersucht auch, inwieweit Regierungen die körperliche Selbstbestimmung und Unversehrtheit fördern oder behindern. Die Daten zeigen einen starken Zusammenhang zwischen der Entscheidungsmacht und dem Bildungsniveau einer Frau. Die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) macht darauf aufmerksam, dass mit geschlossenen Schulen zur Eindämmung der Corona-Pandemie das Risiko für Mädchen steigt, sexualisierter und geschlechtsbasierter

Bitte richten Sie Ihre schriftlichen Anfragen am Tag der Pressekonferenz (14.04.) auch an presse@dsw.org – vielen Dank!

Gewalt ausgesetzt zu sein. Auch fallen aufgrund von Lockdown-Bestimmungen viele Dienste der sexuellen und reproduktiven Gesundheit weg, die sonst dafür Sorge tragen, dass junge Menschen und vor allem Mädchen und Frauen über ihr körperliches Selbstbestimmungsrecht aufgeklärt werden. Nur 56 Prozent der Länder weltweit haben überdies eine umfassende Sexualaufklärung gesetzlich verankert.

Zitat **Jan Kreuzberg**, Geschäftsführer der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung (DSW): „In Krisen werden noch mehr Frauen und Mädchen Opfer von Zwangsverheiratung und Genitalverstümmelung! Sexualisierte und geschlechtsbasierte Gewalt sind an der Tagesordnung. Regierungen dürfen davor nicht die Augen verschließen. Es muss mehr getan werden, um sexuelle und reproduktive Gesundheitsdienste in Krisen aufrecht zu erhalten und junge Menschen über ihre sexuellen und reproduktiven Rechte aufzuklären.“

Über die DSW

Die **Deutsche Stiftung Weltbevölkerung** (DSW) ist eine international tätige Entwicklungsorganisation. Ihr Ziel ist es, zu einer zukunftsfähigen Bevölkerungsentwicklung beizutragen. Daher unterstützt sie junge Menschen dabei, selbstbestimmte Entscheidungen über ihre Sexualität und Verhütung zu treffen. Gleichzeitig bringt sie sich auf nationaler und internationaler Ebene in politische Entscheidungsprozesse in den Bereichen Gesundheit, Familienplanung und Gleichstellung der Geschlechter ein.

Über UNFPA

Der **Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen** (UNFPA) fördert eine Welt, in der jede Schwangerschaft gewollt, jede Geburt sicher und das Potenzial jedes jungen Menschen verwirklicht wird.

Infoblatt 1

UNFPA-WELTBEVÖLKERUNGSBERICHT 2021

Mein Körper gehört mir

Das Recht auf Autonomie und Selbstbestimmung einfordern

Der UNFPA-Weltbevölkerungsbericht 2021 zeigt,

- wie gravierend viele Missstände im Bereich der körperlichen Autonomie sind. Viele haben sich unter dem Druck der COVID-19-Pandemie noch verschärft. So sind seit Ausbruch der Pandemie mehr Frauen und Mädchen als je zuvor von geschlechtsspezifischer Gewalt und schädlichen Praktiken wie Frühverheiratung bedroht (vgl. S. 5).
- dass Praktiken wie weibliche Genitalverstümmelung extremste Verletzungen der körperlichen Unversehrtheit sind. Vergewaltigung – auch innerhalb der Ehe oder einer festen Beziehung – und andere Formen der geschlechtsspezifischen Gewalt zählen ebenfalls zu Verletzungen der körperlichen Unversehrtheit (vgl. S. 40).
- dass weibliche Genitalverstümmelung seit Beginn der Corona-Pandemie im kenianischen Geflüchtetenlager Dadaab um etwa 20 Prozent zugenommen hat. Laut UNFPA könnte die Corona-Pandemie die Erfolge in der Beseitigung der schädlichen Praktik bis 2030 um ein Drittel zurückwerfen (vgl. S. 33).
- dass 43 Länder Vergewaltigung in der Ehe nicht unter Strafe stellen. Auch in Ländern, die über eine entsprechende Gesetzgebung verfügen, wird Vergewaltigung in der Ehe oft milder bestraft (vgl. S. 35).
- dass viele Mädchen und Frauen nicht wissen, dass sie das Recht haben, Sex zu verweigern (vgl. S. 28).
- dass Frauen, die weniger gebildet sind als ihr Ehemann oder Partner, häufiger sexualisierte Gewalt in ihrer Beziehung erleben als Frauen, deren Bildungsniveau mehr oder weniger dem ihres Partners entspricht (vgl. S. 23).
- dass Männer ihren Blick auf Frauen verändern müssen, um Geschlechtergerechtigkeit gemäß dem Ziel 5 für nachhaltige Entwicklung (SDG 5) der Agenda 2030 zu erreichen. Dienstleistungen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit können helfen, Informationen über gleichberechtigte Beziehungen, Elternschaft und Kommunikation zu vermitteln (vgl. S. 79).

Infoblatt 2

UNFPA-WELTBEVÖLKERUNGSBERICHT 2021

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Körperliche Selbstbestimmung und Unversehrtheit können nur erreicht werden, wenn sich die internationale Gemeinschaft, multilaterale Organisationen sowie nationale Regierungen gemeinschaftlich und entschiedener als bisher dafür einsetzen. Vor dem Hintergrund, dass Frauenrechte immer wieder in Frage gestellt und untergraben werden, sollte die Bundesregierung ihren politischen Einfluss auf internationaler und EU-Ebene nutzen, um eine progressive SRGR-Agenda voranzutreiben.

Die Bundesregierung sollte ihre Vorreiterrolle im Bereich Globale Gesundheit weiter ausbauen und ihre Verantwortung für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (SRGR) stärker als bisher wahrnehmen. Dienstleistungen für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte haben entscheidenden Einfluss auf das Wohlergehen und die Gesundheit von Frauen, Mädchen und Jugendlichen. Sie prägen ihre Bildungschancen und Zukunftsperspektiven mit, beeinflussen ihre späteren beruflichen Möglichkeiten und haben so auch Einfluss auf die demografische, sozioökonomische und nachhaltige Entwicklung von Ländern.

Im Rahmen seines Reformprozesses „BMZ 2030“ sollte das BMZ „Globale Gesundheit und SRGR“ als Schwerpunktthema langfristig verankern und besser als bisher mit der Gleichstellung der Geschlechter verzahnen. Denn damit Frauen und Mädchen frei über ihren Körper und ihre Sexualität bestimmen können, muss Geschlechterdiskriminierung beseitigt und die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen, die sie aufrechterhalten, verändert werden. Dafür sollte das BMZ zeitnah einen umfassenden dritten Gender Aktionsplan (GAP III) erarbeiten.

Für eine nachhaltige Entwicklungsfinanzierung sollte Deutschland auch langfristig öffentliche Entwicklungsgelder (Official Development Assistance, ODA) in Höhe von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen. Dabei sollte der Plafonds des BMZ nicht unter das jetzige Niveau von 12,43 Milliarden Euro sinken. Das erreichte Finanzierungsniveau darf keine Ausnahme in der Krise sein, sondern sollte langfristig verstetigt werden.

Diese Mittel sollten unter anderem dafür genutzt werden, um die Beiträge an multilaterale Organisationen wie UNFPA, die an der Schnittstelle von Globaler Gesundheit und SRGR arbeiten, weiter zu steigern. In der bilateralen Zusammenarbeit sollte das BMZ die Initiative „Selbstbestimmte Familienplanung und Müttergesundheit“ weiter aufstocken und über 2023 hinaus fortführen. Die Belange junger Menschen sollten in der Umsetzung der Initiative stärker in den Fokus rücken.

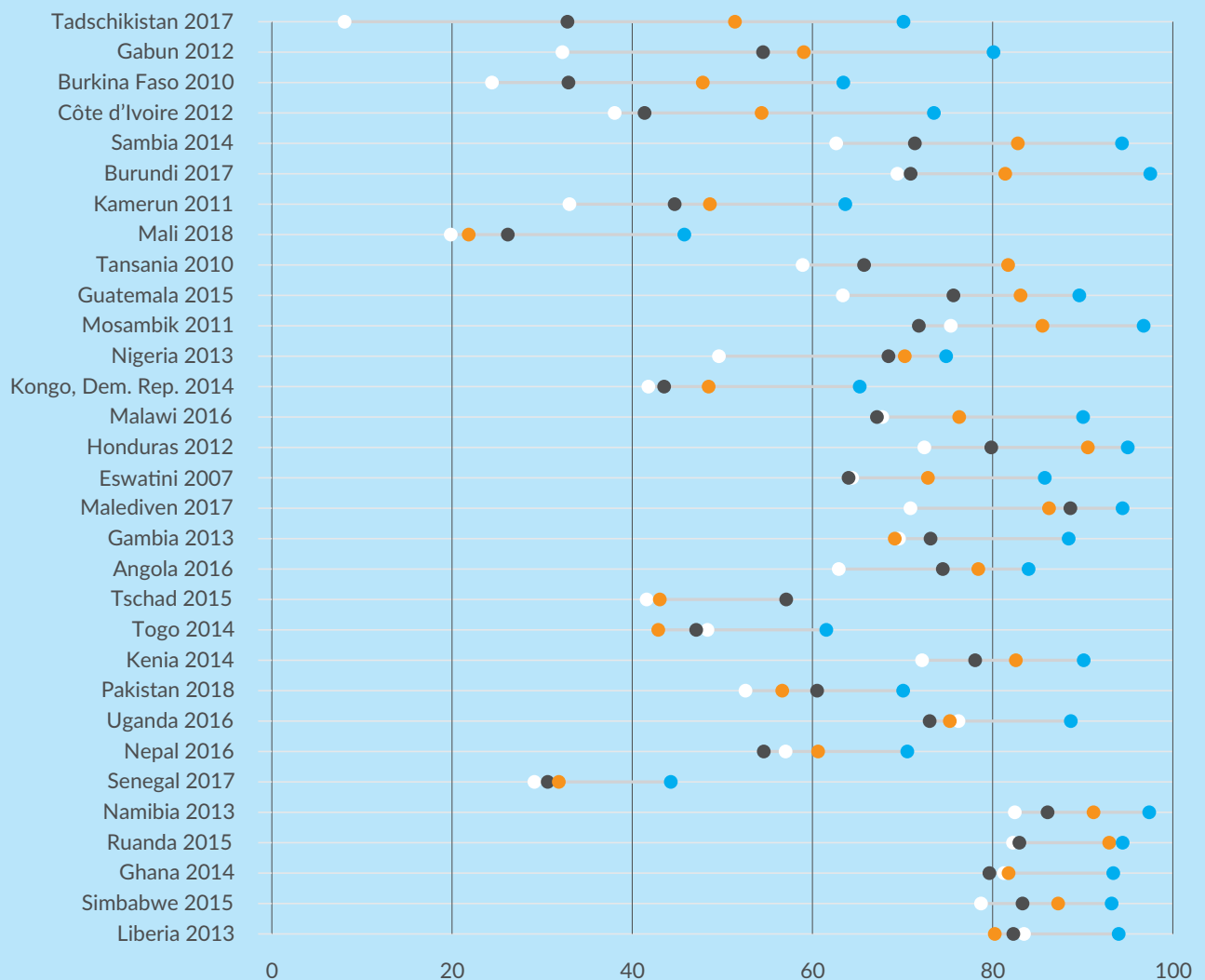
Infoblatt 3.1

UNFPA-WELTBEVÖLKERUNGSBERICHT 2021

Die Entscheidungsfreiheit steigt mit dem Bildungsniveau

Anteil der Frauen, die selbst über ihre Gesundheitsversorgung entscheiden, nach Bildungsniveau der Frauen, ausgewählte Länder, in Prozent

● Keine Bildung ● Grundschule ● Sekundarstufe ● Hochschulbildung



Quelle: UNFPA, 2019

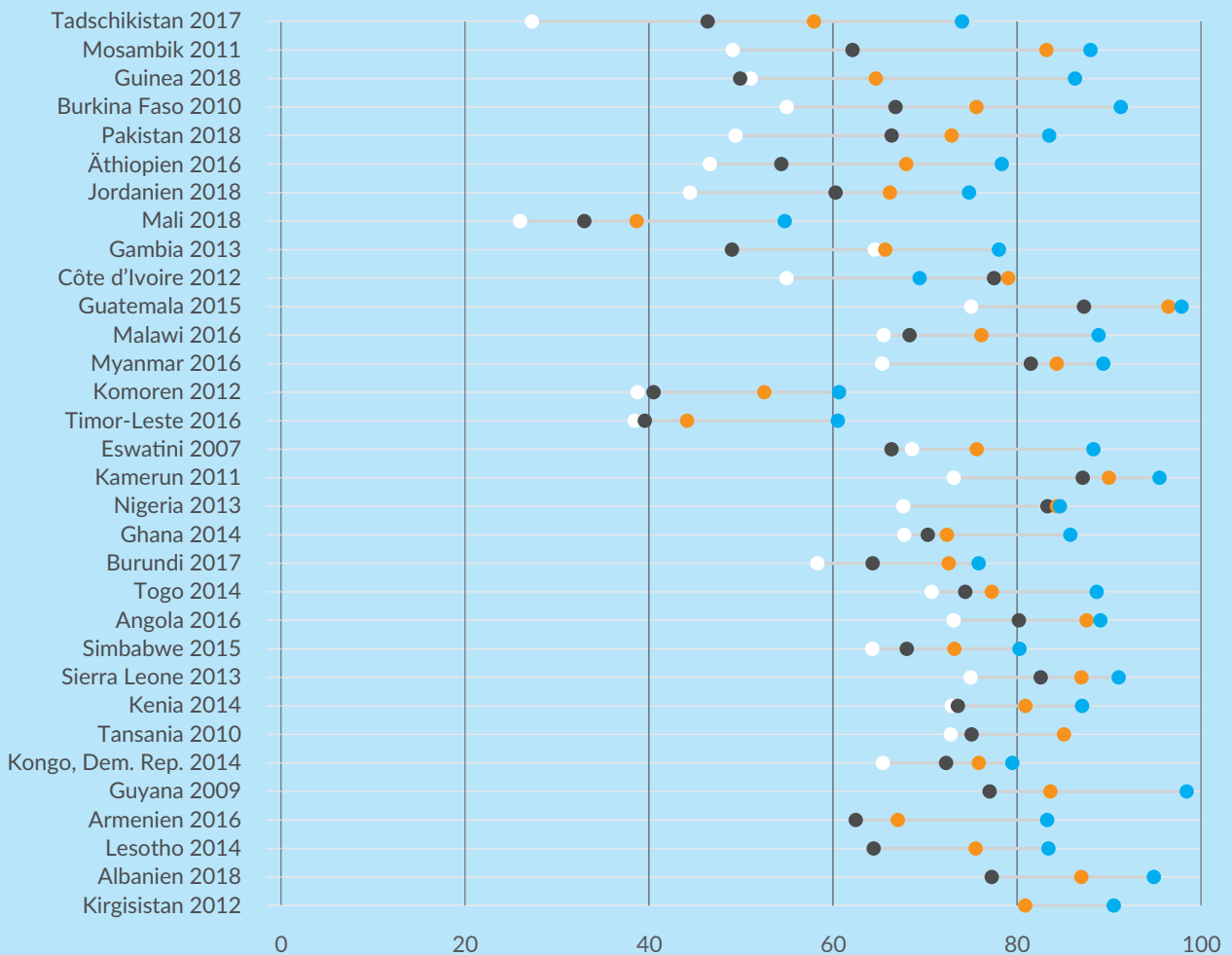
Infoblatt 3.2

UNFPA-WELTBEVÖLKERUNGSBERICHT 2021

Die Entscheidungsfreiheit steigt mit dem Bildungsniveau

Macht, Sex abzulehnen, nach Bildungsgrad der Frauen, ausgewählte Länder, in Prozent

● Keine Bildung ● Grundschule ● Sekundarstufe ● Hochschulbildung



Quelle: UNFPA, 2019